

Argumentationen gegen Scheinargumente bzgl. Überwachung

by Mar(4)cel Kre(4)bs, AK-VDS NBG / mk(8t)etcpp.net

„Wir brauchen mehr Überwachung, um uns vor Kriminalität, Terroristen, Sexualstraftätern zu schützen und um in Sicherheit leben zu können.“

Falsch, denn:

- Es gilt nicht als bewiesen dass Überwachung für eine niedrigere Kriminalitätsrate sorgt.
- Weltgesundheitsorganisation hat eine Studie veröffentlicht laut der nur 0,2 % der Westeuropäer durch Gewalt zu Tode kommen, jedoch 92 % durch Krankheit. Demnach ist es sehr viel wahrscheinlicher dass ein Mensch durch Krankheit stirbt als durch Gewalt (dies schließt Terror mit ein!)

„Wir müssen alles tun/alle verfügbaren Mittel einsetzen, um künftig solche schrecklichen Verbrechen/Terroranschläge/Kindesmissbrauch/... zu verhindern.“

Falsch, es dient unserer Sicherheit, dass der Staat nicht alle verfügbaren Mittel einsetzen darf, denn:

- verfolgt werden nicht nur Straftäter sondern meistens Verdächtige, verdächtig kann jeder werden! Um so mehr Datenmassen entstehen, umsomehr Irrtümer entstehen, dadurch steigt auch die Gefahr dass falsche Beweismittel (wie die Vorratsdatenspeicherung!) Unschuldige ins Gefängnis bringt!
- Auch bestimmte Methoden (z.B. Folter) widersprechen außerdem der Würde jedes Menschen, auch der des Straftäters, daher ist nicht jedes Mittel einzusetzen!
- Der Nutzen solcher Instrumente (verdachtslose Überwachung beliebiger Personen) steht außer Verhältnis zu der negativen Auswirkung auf eine demokratische Gesellschaft, die auf das unbefangene Mitwirken gerade kritischer Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

„Wenn auch nur ein Mensch/Kind gerettet werden kann, rechtfertigt das schon das gesamte Überwachungssystem.“

Falsch, zum Schutz Unbeteiligter müssen Grundrechte und Verhältnismäßigkeit stets gewahrt bleiben, denn:

- Würde schon ein gerettetes Menschenleben jegliche Maßnahme rechtfertigen, dann müsste die Politik z.B. den Straßenverkehr verbieten, denn es gibt unzählige Unfalltote jedes Jahr. Genauso wie Alkohol-, und Tabakkonsum als auch Waffen jeglicher Art.
- Das Leben bietet demnach immer ein gewisses Risiko, der Staat sollte diesen Risiken entgegenwirken. Er darf aber nur effektive Mittel einsetzen, die Unbeteiligte nicht übermäßig belasten.

„Datenschutz ist Täterschutz. Er steht dem Schutz unschuldiger Menschen im Weg.“

Falsch. Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Er dient dem Schutz unschuldiger Menschen, Datenschutz ist daher Freiheitsschutz, denn:

- Dass der Staat nicht unbegrenzt Wissen über uns sammeln und unsere Daten nicht beliebig rastern darf, dient unserem eigenen Schutz. Je mehr der Staat über uns weiß, desto mehr Ansatzpunkte für Ermittlungen stehen ihm zur Verfügung und desto größer wird die Gefahr von Falschverdächtigungen.
- Schon in der Vergangenheit hat es immer wieder Fälle gegeben, in denen

Polizeibeamte gegen Bezahlung oder aus privaten Gründen auf Polizeidaten zugegriffen haben.

- Wenn wir anonym handeln können oder wissen, dass unsere Daten unverzüglich gelöscht oder wenigstens nicht zu anderen Zwecken genutzt werden, dann scheuen wir auch vor sensiblen Aktivitäten nicht zurück (z.B. Teilnahme an Demonstrationen, Mitarbeit in Oppositionsgruppe, Inanspruchnahme psychologischer Beratung, sexuelle Aktivitäten).

„Wir müssen etwas gegen die Kriminalität unternehmen. Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und kapitulieren.“

Falsch. Aktionismus von Politikern ist nutzlos, denn:

- Keiner will gegen Kriminalität „die Hände in den Schoß legen“. Tätig werden müssen aber die Sicherheitsbeamte und nicht die Abgeordneten. Wenn spektakuläre Verbrechen in das Rampenlicht der Öffentlichkeit rücken, ist das in allererster Linie ein Weckruf an die zuständigen Behörden, künftig noch intensiver an der Verhinderung solcher Vorfälle zu arbeiten.
- Neue Gesetze sind für Politiker zwar ein einfaches und billiges Mittel, um öffentlichkeitswirksam Tatkraft und Entschlossenheit zu demonstrieren. Derartiger Aktionismus führt aber oft zu Gesetzen, die dem Bürger keinen messbaren Nutzen bringen. Wer Sicherheit durch immer neue Gesetze verspricht und – zwangsläufig – Straftaten gleichwohl nicht verhindern kann, der verliert mittelfristig das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und fördert die Politikverdrossenheit. Er gefährdet damit letztlich die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie.

„Der Staat ist verpflichtet, seine Bürger zu schützen. Die Bürger haben einen Anspruch auf Sicherheit.“

Falsch. Mehr als angemessene Maßnahmen gegen Kriminalität können die Bürger vom Staat nicht verlangen, denn:

- Einen „Anspruch auf Sicherheit“ kann es schon deshalb nicht geben, weil kein Staat eine vollständige Sicherheit vor Straftaten gewährleisten kann. Selbst Polizeistaaten mit unbegrenzter Macht (z.B. die DDR) haben die Kriminalität nie beseitigen können. Umgekehrt gab es in solchen Staaten viel Korruption, Willkür und Staatskriminalität.
- Ein demokratischer Rechtsstaat geht entschlossen gegen Straftäter vor. Er erlegt sich zum Schutz Unschuldiger und zur Gewährleistung einer freiheitlichen Gesellschaft aber bewusst Grenzen und Fesseln auf. Gerade dies macht seinen Charakter und seine Stärke als Rechtsstaat aus.

„Ich habe nichts zu verbergen.“

Falsch. Jeder hat eine Intim- und Privatsphäre, die den Staat nichts angeht, denn:

- Wer von sich behauptet, nichts zu verbergen zu haben, muss sich fragen lassen, warum er seine Wohnung bekleidet verlässt oder die Toilettentür hinter sich schließt. Jeder hat einmal Erlebnisse gehabt, die niemanden etwas angehen und die er nicht der Gefahr eines Bekanntwerdens aussetzen möchte.
- Weitere Argumente: Krankheiten (Krebs, Herzinfakte, AIDS, Rheuma), Todesfall in der Familie, Psychische Labilität (Neurosen, Depressionen, Schizophrenie), Sexuelle Vorlieben (z. B. Fetische), sonstige ungewöhnliche Angewohnheiten, Mitgliedschaft in politischen oder religiösen Gruppen die derzeit nicht in Mode sind, politische Aktivitäten (Globalisierungskritiker, Castorgegner)
- Übrigens hat auch der Staat selbst etwas zu verbergen. Das nennt man

„Staatsgeheimnisse“. Abgeordnete wehren sich gegen „zuviel“ Transparenz, wollen ihre Einkünfte nicht offen legen. Auch staatliche Überwachungsmaßnahmen selbst werden verborgen. Sie sollen vor den Überwachten geheim bleiben.

„Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten.“

Falsch. Unschuldige geraten immer wieder zu Unrecht in das Visier von Behörden, denn:

- Wer nichts zu verbergen hat, braucht auch nicht überwacht zu werden.
- Auch unschuldige Menschen müssen sich fragen lassen: „Wenn du nichts zu verbergen hast, kannst du davon auch den Polizisten oder den Einreisebeamten überzeugen?“ Auch wer unschuldig ist, muss zunehmend mit polizeilichen Maßnahmen rechnen. Oft ziehen schon ein falscher Verdacht, vermeintliche Risikofaktoren (z.B. „falsche“ Religion, „falsche“ Nationalität, „falscher“ Geburtsort, „falscher“ Name, „falsche“ Bücher gelesen, „falsche“ Meinung geäußert) oder unglückliche Umstände einschneidende Maßnahmen nach sich.
 - Die Folgen:
 - Befragung von Nachbarn und Arbeitskollegen
 - Observation
 - Wohnungsdurchsuchungen
 - Festnahmen
 - Vorverurteilungen im sozialen Umfeld
 - Existenzvernichtungen
 - Aus- und Einreiseverweigerungen
 - Vermögensbeschlagnahmen
 - Grenzzurückweisungen wegen Namensverwechslungen
 - Verschleppungen durch Geheimdienste
 - irrtümliche Tötungen durch Polizei oder „Sky-Marshalls“

„Die Überwachung erfolgt ausschließlich zur Bekämpfung schwerer Straftaten.“

Falsch. Ein Missbrauch zu anderen Zwecken kommt immer wieder vor, denn:

- Fälle wie die Journalistenbespitzelung durch den BND zeigen immer wieder, dass Sicherheitsgesetze missbraucht werden. Neben Journalisten haben auch staatskritische Aktivisten wie Globalisierungskritiker mit Missbrauch zu rechnen. Weil staatskritische Journalisten und Aktivisten zu unser aller Nutzen handeln, sollte uns ihre Freiheit nicht gleichgültig sein.
- Außerdem zeigt die Erfahrung, dass Zugriffsbeschränkungen mit der Zeit immer weiter aufgeweicht werden. Es finden sich immer mehr Behörden und immer mehr Fälle, in denen die Überwachungsmaßnahmen oder die gesammelten Daten nützlich sind. Schlussendlich wird die Überwachung oder Datenabfrage in allen Fällen erlaubt, in denen sie irgendwie einmal nützlich sein könnte.

„Überwachung ist nur ein geringfügiger, kaum merklicher Eingriff.“

Falsch. Überwachung kann einschneidende Folgen für Betroffene haben, bis hin zur Existenzvernichtung, denn:

- s. o. **„Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten.“**

„Überwachung stärkt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.“

Falsch. Symbolische Maßnahmen bilden kein Vertrauen, denn:

- Selbst wenn Überwachungsmaßnahmen kurzfristig populär sind, stärken sie das Sicherheitsgefühl letztlich nicht. Die Bürgerinnen und Bürger werden weiterhin spektakuläre Straftaten von den Medien präsentiert bekommen.
- Es bieten sich andere Mittel an: Da das tatsächliche Ausmaß an Kriminalität verbreitet überschätzt wird, ist eine Aufklärung über das wahre Risiko sinnvoll. Auch bauliche Maßnahmen (z.B. bessere Beleuchtung) und ein besserer Kontakt zu Nachbarn und Polizei können hilfreich sein, um Kriminalitätsangst entgegenzuwirken.

„Man kann ja doch nichts daran ändern.“

Falsch. Es gibt viele Möglichkeiten, sich gegen die Sicherheitsideologie einzusetzen, denn:

- Wenn eine Person aktiv wird, ändert das vielleicht noch nicht viel. Wenn sich aber viele Menschen engagieren, kann die Politik das auf Dauer nicht ignorieren. Politiker sind sehr sensibel für die Stimmung in ihrer Wählerschaft.

„Datenschützer sind paranoid, ihre Schreckensszenarien sind übertrieben.“

Falsch, Fehler und Missbrauch sind tägliche Realität.

„Wir werden sowieso schon bei allem überwacht, was wir tun.“

Falsch. Wenn die totale Überwachung schon Realität wäre, dann würde die Politik nicht immer wieder neue Gesetze auf den Weg bringen, um sie auszuweiten.